

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXV
------------------------------------	-----

Teil 1: Einleitung	1
---------------------------------	---

§ 1 Vorbemerkung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	1
---	---

§ 2 Kritik an dem GmbH-Kapitalschutzsystem – insbesondere für die UG	6
--	---

Teil 2: Kapitalaufbringung und Vermögensbindung der UG	33
---	----

§ 3 Kapitalaufbringung in der UG	33
--	----

§ 4 Die Vermögensbindung der UG im Kontext zur GmbH und AG.....	64
--	----

Teil 3: Kapitalmaßnahmen	169
---------------------------------------	-----

§ 5 Kapitalerhöhungen.....	169
----------------------------	-----

§ 6 Kapitalherabsetzung innerhalb der UG	194
--	-----

§ 7 Umwandlungsfähigkeit der UG – grenzüberschreitender Formwechsel	216
--	-----

Teil 4: Besonderheiten der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung	239
---	-----

§ 8 Die UG als Bestandteil von Unternehmensverbindungen	239
---	-----

§ 9 Die UG im System der Mantel- und Vorratsgesellschaften.....	272
---	-----

§ 10 Grenzen der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung.....	296
---	-----

Teil 5: Schlussbetrachtung	321
---	-----

Literaturverzeichnis	331
-----------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....XXV

Teil 1: Einleitung.....1

§ 1 Vorbemerkung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes1

A. Einführung1

B. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und
Gang der Untersuchung.....4

**§ 2 Kritik an dem GmbH-Kapitalschutzsystem –
insbesondere für die UG.....6**

A. Vorbemerkung.....6

I. Haftungstrennung und Gläubigerschutz –
Antagonismus der Gesellschafter- und Gläubigerinteressen.....6

II. Gesetzlicher Gläubigerschutz9

III. Mindestkapital der GmbH als Opportunitätsgrenze11

B. Einführung der UG als Reaktion auf den innereuropäischen
Gesellschaftswettbewerb und die Kritik am klassischen
Nennkapitalsystem.....14

I. Wider dem Mindestkapitaldogma14

II. Seriositätsgefälle der GmbH zur UG15

III. Abwanderung deutscher Unternehmen in das EU-
Ausland – Kapitalgesellschaftlicher Wettbewerb.....17

1. Europarechtlicher Hintergrund (Überblick).....17

2. Aufsteigender Wettbewerb der Gesellschaftsformen.....20

3. Einführung der UG.....21

4. Die Societas Unius Personae (SUP) als Konkurrenz
oder Fortentwicklung der UG.....23

C. Legitimation der Haftungsbeschränkung nach Einführung
des § 5a GmbHG25

I. Kompensation des Mindestkapitals durch die
Sonderregeln des § 5a GmbHG im Überblick26

1. Besondere Firmierung nach § 5a Abs. 1 GmbHG26

2. Stammkapitalaufbringung gemäß § 5a Abs. 2 GmbHG und Kapitalthesaurierung nach § 5a Abs. 3 GmbHG	27
3. Einberufung der Gesellschafterversammlung gemäß § 5a Abs. 4 GmbHG	27
4. Beschränktheit der Kompensationsfunktion	28
II. Seriositätsbonus	29
D. Zusammenfassung	31

Teil 2: Kapitalaufbringung und Vermögensbindung der UG

§ 3 Kapitalaufbringung in der UG	33
A. Kritik am Kapitalaufbringungszwang für die UG und Folgen für die GmbH	33
I. Zweck der Kapitalaufbringung	33
II. Ineffektivität der klassischen Kapitalaufbringung und Vermögensbindung	34
III. Fehlendes Bedürfnis für eine sukzessive Einzahlung des Stammkapitals	36
B. UG-Sonderregeln der Kapitalaufbringung	40
I. Die Sacheinlage in der UG und ihre allgemeine (Un-) Zulässigkeit	41
1. Allgemeines Verbot der Sacheinlage bei Gründung	41
2. Zweck des Sacheinlageverbotes	41
II. Gebot der Volleinzahlung nach § 5a Abs. 2 S. 1 GmbHG	44
C. Rechtsfolgen bei Verstößen	46
I. Nichtigkeit der Sacheinlageabrede	46
II. Barleihungspflicht und keine Anrechnung der Sacheinlage	47
D. Die Verdeckte Sacheinlage	48
I. Überblick: Hintergrund der Regelung und Tatbestand	48
1. Tatbestand	48
2. Liberalisierung durch das MoMiG	48
3. Keine gegenständliche Vermögensbetrachtung der Geldeinlage	50

II.	Problematik der UG	50
1.	Meinungsstand der Literatur	50
a)	Anwendbarkeit des § 19 Abs. 4 GmbHG – ablehnende Ansichten.....	50
b)	Anwendbarkeit des § 19 Abs. 4 GmbHG – zulassende Ansichten.....	52
c)	Einzelne Rechtsfolgen im Falle der Unzulässigkeit.....	53
2.	Stellungnahme.....	54
a)	Wortlautauslegung.....	54
b)	Systematik.....	55
c)	Teleologische Erwägungen.....	56
3.	Fazit und Bedeutung für die Kapitalaufbringung	59
E.	Hin- und Herzahlen	59
I.	Struktur und Entwicklung des Hin- und Herzahlens	59
II.	Bilanzielle Betrachtungsweise in der Kapitalaufbringung.....	60
III.	Übertragung und Anwendbarkeit auf die UG	61
IV.	Fazit.....	63
F.	Zusammenfassung.....	63
§ 4	Die Vermögensbindung der UG im Kontext zur GmbH und AG.....	64
A.	GmbH-Kapitalerhaltung und AG-Vermögensbindung.....	64
I.	Vermögensbindung als gesonderter Begriff	64
1.	Vermögensbindung im AktG und Kapitalerhaltung im GmbHG.....	64
2.	Übertragung auf die UG.....	67
II.	Bestimmung und Unterscheidung der GmbH- Kapitalerhaltung zur AG-Vermögensbindung	68
1.	Erhaltung des GmbH-Stammkapitals versus umfassende Vermögensbindung der AG.....	68
a)	Bindungsintensität.....	68
b)	Sinn und Zweck der GmbH-Kapitalerhaltung und AG-Vermögensbindung	71
c)	Rechtfertigung der erweiterten Vermögensbindung in § 57 Abs. 1 AktG.....	74

2.	Suspendierung der Vermögensbindung durch qualifizierte Rechtsgeschäfte.....	75
a)	Upstream-Darlehen und Abkehr von einem gegenständlichen Vermögensschutz – Aufgabe der „November“-Rechtsprechung.....	76
b)	Gesellschafterdarlehen.....	79
3.	Keine Angleichung beider Vermögensbindungssysteme	81
a)	Zweifel der Literatur an einer strengen Vermögensbindung über den „Sicherungsring“ hinaus.....	81
b)	Forderungen nach einer umfassenden Vermögensbindungswirkung im GmbHG.....	86
4.	Abgeleitete und erweiterte Kapitalerhaltung der UG	88
B.	Erweiterte Kapitalbindung – gesetzliche Gewinnrücklage nach § 5a Abs. 3 GmbHG.....	89
I.	Allgemeines	89
II.	Gesetzliche Gewinnthesaurierung als Derivat der Kapitalaufbringung	89
III.	Funktionen des Thesaurierungsgebotes und der Gewinnrücklage.....	90
1.	Kapitalansammlung- bzw. Kapitalaufholung	90
2.	Keine Vorform des Stammkapitals	91
3.	Legitimationsfunktion.....	91
4.	Übergangsfunktion und „transitorische“ Funktion	92
5.	Verlustausgleichsfunktion und Bestandserhaltungsfunktion	94
6.	Pufferfunktion	95
7.	Liquiditätsfunktion.....	95
8.	Gläubigerschutzfunktion	96
IV.	Dauer der Thesaurierungspflicht und enumerativ aufgezählte Verwendungszwecke.....	97
1.	Reichweite der Rücklagenbildungspflicht.....	97
2.	Bedenken gegen die Pflicht zur Gewinnthesaurierung	97
3.	Bewertung	99

4.	Verwendungsrestriktionen des thesaurierten Kapitals....	100
a)	Verwendung der Gewinnrücklage zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.....	101
b)	Verlустаusgleich	102
V.	Der Jahresabschluss als Berechnungsgrundlage für die Thesaurierungspflicht.....	103
1.	Jahresabschluss als Informationsquelle und Dokumentationsinstrument.....	103
2.	Der Jahresabschluss als Grundlage für unternehmerische Kapitalmaßnahmen.....	105
3.	Bildung der gesetzlichen Rücklage und Beschränkung des Anspruchs der UG-Gesellschafter auf den Bilanzgewinn.....	106
4.	Bilanzpolitische Beeinflussung des JA und der gesetzlichen Rücklage.....	108
5.	Verdeckte Gewinnausschüttungen als konzeptioneller Defekt.....	108
6.	Alternative Ansätze zur JA-Abhängigkeit.....	109
VI.	Ausschüttungsfähige Rücklagen – zusätzliche Kapitalbindung außerhalb der gesetzlichen Gewinnrücklage.....	110
VII.	Bilanzierung der thesaurierten Gewinne.....	111
1.	Gliederung der GuV im Lichte der UG.....	111
a)	Gliederung	111
b)	Erweiterung der GuV-Gliederung entsprechend § 158 AktG	112
c)	Privilegierung von „Kleinstkapitalgesellschaften“ in der GuV	113
2.	Veröffentlichung von GuV und Bilanz nach §§ 325, 326 HGB.....	115
3.	Gliederung der Bilanz.....	117
a)	Einstellungen in die gesetzliche Rücklage	117
b)	Gliederungsvereinfachungen bei Erstellung der Bilanz	117
4.	Fazit.....	120

VIII. Besonderer Auskunftsanspruch	120
C. Vergleichend: Vermögensbindung der Ltd. und Ansätze der SUP	122
I. Ltd.	122
II. SUP	123
III. Fazit	125
D. Rechtsfolgen von Verstößen – Reichweite der UG- Vermögensbindung	125
I. Formen von Verstößen	125
1. Offene Verstöße	125
2. Verdeckte Verstöße – Umgestaltungsgestaltungen durch vGA	126
II. Nichtigkeit der Gesellschaftsbeschlüsse bei offenen Verstößen	127
1. Nichtigkeitsanordnungen der §§ 256 Abs. 1, 253 AktG	127
2. Vergleich zu § 150 AktG	129
3. § 5a Abs. 3 GmbHG als überwiegend gläubigerschützend?	130
4. Kondiktionsanspruch nach § 812 Abs. 1 S. 1, Alt. 1 BGB	132
III. Schutz vor offenen und verdeckten Verstößen durch erweiterte Kapitalerhaltung oder umfassende Vermögensbindung	132
1. Vorbemerkung: Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG auf die gesetzliche Rücklage	132
2. Abgrenzung: Schutz der bereits gebildeten und Umgehung der noch zu bildenden Rücklage	133
3. Direkte Anwendbarkeit der §§ 30, 31 GmbHG	135
a) Meinungsstand der Literatur	135
b) Bewertung	136
4. Analoge Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG	136
a) Planwidrige Regelungslücke	137
b) Vergleichbarkeit der Interessenlage	137
5. Erweiterte Vermögensbindung	139
a) Lösungen der Literatur	139

b) Vorlagen im Steuerrecht	142
c) Verbuchung der verdeckten Gewinnausschüttung als Aufwand oder Ergebnisverwendung	144
aa) Verdeckte Gewinnausschüttung als Ergebnisverwendung	146
bb) Verdeckte Gewinnausschüttung als Jahresergebnis beeinflussender Faktor.....	147
d) Verbuchung der vGA als Ergebnisverwendung.....	148
aa) Konsequenzen.....	148
bb) Fragwürdige Durchsetzbarkeit aufgrund fehlender Prüfungspflichten.....	149
e) Umfassende Vermögensbindung im UG-Recht nur de lege ferenda	151
f) Keine Übertragung der §§ 253, 256 Abs. 1 AktG	155
g) Fazit und Vorschlag de lege ferenda	155
IV. Nichtigkeit der Rechtsgeschäfte nach § 134 BGB i.V.m. § 5a Abs. 3 GmbHG.....	156
1. Offene und verdeckte Verstöße unter Beachtung des § 134 BGB, § 5a Abs. 3 GmbHG.....	157
a) Vergleich zur AG.....	157
aa) Überblick über den bisherigen Stand der Literatur und Rechtsprechung	158
bb) Klärendes Urteil durch den BGH.....	158
b) Übertragung auf die UG	160
2. Fazit.....	161
V. Weitere Ansprüche bei einem Verstoß gegen die Thesaurierungspflicht.....	161
1. Kein Anspruch sui generis	161
2. Organhaftung und Gesellschafterhaftung.....	162
a) Geschäftsführerhaftung nach § 43 GmbHG.....	162
b) Existenzvernichtungshaftung.....	164
c) Fazit	165
E. Zusammenfassung.....	165

Teil 3: Kapitalmaßnahmen	169
§ 5 Kapitalerhöhungen	169
A. Effektive Kapitalerhöhung durch Bareinlage	169
I. Ablauf der Barleinlagepflicht	170
II. Reichweite des Volleinzahlungsgebotes nach § 5a Abs. 2 S. 1 GmbHG	170
1. Meinungsstand	170
a) Erhöhungen unter 25.000 Euro	170
aa) Sinnhaftigkeit einer Kapitalerhöhung unter 25.000 Euro	170
bb) Meinungsstand der Literatur	171
b) Kapitalerhöhungen auf 25.000 Euro oder mehr	172
c) Behandlung des Volleinzahlungsgebotes durch die Obergerichte	172
2. Auslegung und Bewertung	173
III. Analoge Anwendung des § 7 Abs. 2 S. 2 GmbHG	176
IV. Potenzielle Diskriminierung sukzessiver GmbH- Gründungen	177
B. Effektive Kapitalerhöhung durch Sacheinlage	181
I. Reichweite des Sacheinlageverbots – Überblick über den Meinungsstand	181
1. Allgemeines Sacheinlageverbot	182
2. Sacheinlagen bei Kapitalerhöhungen auf 25.000 Euro	182
3. Gänzlich zulassende Ansicht	184
II. Bewertung und Auslegung von § 5a Abs. 2 S. 2, Abs. 5 GmbHG	184
1. Wortlaut und Systematik	184
2. Zwischenfazit	187
3. Teleologische Auslegung	187
III. Fazit	189
C. Nominelle Kapitalerhöhung nach § 57c GmbHG	189
I. Vorbemerkung	189
II. Problem der Sacheinbringung in eine freie Kapitalrücklage	191

III. Fazit.....	193
D. Nachschusspflicht.....	193
E. Zusammenfassung.....	193
§ 6 Kapitalherabsetzung innerhalb der UG	194
A. Vorbemerkung.....	194
B. Gründe für eine Kapitalherabsetzung in der UG.....	195
C. Rechtliche Grundlagen.....	196
I. Systematische Bedenken.....	196
1. Allgemeines	196
2. Die „Umwandlung“ der GmbH in eine UG durch Kapitalherabsetzung	197
II. Kapitalherabsetzung im UGG-Entwurf	199
III. Folgen für die Kapitalherabsetzung – Meinungsstand.....	199
1. Kapitalherabsetzung – ablehnende Ansicht.....	199
2. Kapitalherabsetzung – zulassende Ansicht	200
D. Anwendung der §§ 58, 58a GmbHG auf die UG.....	201
I. Anwendbarkeit des § 58 Abs. 1 GmbHG.....	201
II. Restriktive Auslegung des § 58 Abs. 2 S. 1 GmbHG.....	202
1. Wortlautauslegung	202
2. Systematik.....	204
3. Entstehungsgeschichte und historischer Wille des Gesetzgebers.....	204
4. Teleologische Auslegung.....	208
a) Wahrung des Mindestkapitals.....	208
b) Kapitalherabsetzung contra Thesaurierungsgebot....	209
c) Sonstige Bedenken aufgrund der angeblich „transitorischen Funktion“ der UG	210
5. Zwischenfazit	212
III. Vereinfachte Kapitalherabsetzung nach § 58a GmbHG.....	212
IV. Teleologische Reduktion der §§ 58 Abs. 2 S. 1, 58a Abs. 4 S. 1 GmbHG.....	212
V. Vorschlag de lege ferenda.....	213
E. Rechtsvergleichender Ausblick	214

I.	Kapitalherabsetzung bei der Ltd.	214
II.	Kapitalherabsetzung in der geplanten SUP	215
F.	Zusammenfassung	215
§ 7	Umwandlungsfähigkeit der UG – grenzüberschreitender Formwechsel	216
A.	Umwandlung, Kapitalaufbringung und Vermögensbindung	216
B.	Überblick: Die UG als Zielgesellschaft einer Verschmelzung oder Spaltung	217
I.	Vorbemerkung	217
II.	Ausschluss der Umwandlung zur Neugründung	218
III.	Abhängigkeit der Zulässigkeit von dem Erfordernis einer Kapitalerhöhung	219
IV.	Downstream und Upstream Merger als Umgebungsgestaltung	220
C.	Überblick: Die UG als Ausgangsgesellschaft	222
D.	Insbesondere: Der grenzüberschreitende Formwechsel in eine UG	222
I.	Rechtliche Rahmenbedingungen des Formwechsels	222
1.	Vorbemerkung und bisheriger Stand	222
2.	Problematik des Formwechsels von Kapitalgesellschaften in eine UG	224
II.	Grenzüberschreitender Formwechsel am Beispiel der Limited in eine UG	225
1.	Hintergrund und Bedürfnis der Umwandlung einer Limited in eine UG	225
2.	Grenzüberschreitender Formwechsel als identitätswechselnder oder identitätswahrender Umwandlungsvorgang	226
3.	Das VALE-Urteil des EuGH	228
a)	Beschränkung der Niederlassungsfreiheit durch nationale Vorschriften	228
b)	Kontinuität des Rechtsträgers	228
4.	Nationales Umwandlungsrecht unter europarechtskonformer Auslegung	229
a)	Grundlegender Verweis auf nationales Recht	229

b)	Konkrete Übertragung auf das deutsche Recht.....	230
c)	Anwendung der Gründungsvorschriften	231
5.	Fehlende Formwechselfähigkeit der UG als unzulässige Diskriminierung?	231
6.	Formwechsel der Ltd. in die UG – keine Sachgründung ...	232
a)	Keine originäre Einlageleistung.....	232
b)	Kein Bedürfnis für eine strikte Anwendung der Gründungsvorschriften.....	234
c)	Anpassung an die „Societas Unius Personae“ (SUP)	235
E.	Zusammenfassung.....	236

Teil 4: Besonderheiten der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung.....239

§ 8	Die UG als Bestandteil von Unternehmensverbindungen	239
A.	Vertragliche Konzernierung und § 5a GmbHG.....	239
I.	Abhängige Konzerngesellschaft im Gewinnabführungsvertrag.....	239
1.	Steuerliche Organschaft.....	239
2.	Die Pflicht zur Gewinnabführung und zur Gewinnthesaurierung.....	239
a)	Gewinnabführungsvertrag versus Thesaurierungspflicht.....	239
b)	Vorrang der Thesaurierungspflicht	240
c)	Analoge Anwendung von § 300 AktG, § 301 AktG oder § 5a Abs. 3 GmbHG.....	241
aa)	Planwidrige Regelungslücke	241
bb)	Vergleichbarkeit der Interessenlage.....	242
1)	Systematische Bedenken gegen die Anwendbarkeit des § 300 AktG	242
2)	Ausreichender Schutz durch die Verlustrückstellungspflicht des § 302 AktG.....	244
3)	Entsprechende Anwendung des § 5a Abs. 3 S. 1 GmbHG unter dem Rechtsgedanken des § 301 AktG	246

II.	Untergeordnete Gesellschaft im Beherrschungsvertrag.....	247
III.	Konzern leitende Gesellschaft	248
	1. Vorteile und Nachteile einer UG als Holding.....	248
	2. Die Pflicht zur Verlustübernahme gemäß § 302 AktG analog.....	249
	a) Umfang der Verlustausgleichspflicht.....	249
	b) Verlustausgleichspflicht als Abkehr von der Existenzgründung	250
	c) Auflösung von Rücklagen	250
	3. Fazit.....	251
IV.	Ausblick auf die UG & Co. KG.....	251
B.	Konzernfinanzierung	254
I.	Cash Management und Kapitalerhaltung nach § 30 GmbHG	256
II.	Die UG als (il)liquider Schuldner eines Rückzahlungsanspruchs.....	257
	1. Vorüberlegung.....	257
	2. Die Vollwertigkeit nach § 30 Abs. 1 S. 2, Alt. 2 GmbHG.....	257
	3. Maßgeblicher Zeitpunkt	258
	4. Bewertungskriterien der Vollwertigkeit.....	258
	a) Bilanzielle Betrachtung.....	258
	b) Angemessene Verzinsung	259
	c) Bewertung der Bonität.....	260
	5. Besonderheiten für die UG als Zahlungsempfänger	261
	a) Probleme der finanzschwachen Holding-UG	261
	aa) Insolvenzanfälligkeit der UG – drohende Konzerninsolvenz.....	261
	bb) Bonität der UG	262
	cc) Vorgabe des Gesetzgebers	263
	b) Folgen für den Rückzahlungsanspruch.....	264
	6. Fazit.....	265
III.	Die UG als auszahlende, darlehensgebende Gesellschaft.....	266

1. Austausch der Barreserve mit schuldrechtlicher Forderung.....	266
2. Eingeschränkte Anwendung des § 30 Abs. 1 S. 2, Alt. 2 GmbHG.....	267
a) Planwidrige Lückenhaftigkeit.....	267
b) Vergleichbarkeit der Regelungstatbestände.....	267
c) Fazit.....	268
3. Jederzeitige Fälligstellung des Rückzahlungsanspruches.....	268
C. Zusammenfassung.....	270
§ 9 Die UG im System der Mantel- und Vorratsgesellschaften.....	272
A. Die GmbH als Vorrats- oder Mantelgesellschaft.....	272
I. Terminologie.....	272
1. Mantelgesellschaft.....	272
2. Vorratsgesellschaft, Vorratsgründung, Verwendung der Vorratsgesellschaft.....	273
II. Rechtliche Zulässigkeit.....	274
III. Hintergrund einer GmbH-Mantelverwendung.....	274
1. Die wirtschaftliche Neugründung.....	274
2. Entsprechende Anwendung der Gründungsvorschriften.....	275
IV. Bedürfnis für einen Mantelerwerb.....	276
V. Folgen der UG-Einführung.....	277
B. Die UG als mögliche Vorrats- oder Mantelgesellschaft.....	278
I. Hintergrund/ Bedürfnis einer UG-Vorrats- und Mantelverwendung.....	278
1. Wirtschaftliche Vorteile?.....	278
2. Der Bequemlichkeitsfaktor.....	279
II. Rechtliche Zulässigkeit der UG als Vorrats- und Mantelgesellschaft.....	280
1. Allgemeines.....	280
2. Probleme der Vorratsgründung und Mantelverwendung aus UG-Sicht.....	280
a) Keine zwangsweise Liquidation bei Einstellung	

	des Unternehmens	280
	b) Kein Verstoß gegen den vermeintlichen Grundsatz der Neugründung.....	282
III.	Fazit.....	284
C.	Analoge Anwendung der Gründungsvorschriften für die UG- Mantelverwendung	284
I.	Wirtschaftliche und rechtliche Neugründung einer Gesellschaft	284
II.	Planwidrige Regelungslücke.....	285
III.	Vergleichbarkeit der Interessenlage.....	285
	1. Grundsätzliche Bedenken gegen eine erneute Kapitalaufbringungspflicht.....	286
	a) Maßgeblichkeit des Nennkapitals als Legitimation einer entsprechenden Anwendung.....	286
	b) Auswirkungen des nicht vorhandenen Mindestkapitals in der UG	287
	2. Sicherstellung des Grundkapitals in der UG aus Umgehungs Gesichtspunkten.....	288
IV.	Anwendbarkeit des UG-Sonderrechts	289
	1. Keine starre Anwendung der Gründungsvorschriften	289
	2. Sacheinlageverbot.....	290
	a) Grundsätzliche Bedenken aufgrund historischer Bargründung	290
	b) Sinn und Zweck des Sacheinlageverbotes als Anwendungsvoraussetzung.....	291
	c) Wertmäßige Deckung des Stammkapitals.....	292
	d) Fazit	293
	3. Volleinzahlungsgebot.....	294
	4. Gewinnrücklagen	294
D.	Zusammenfassung.....	295
§ 10	Grenzen der Kapitalaufbringung und Vermögensbindung	296
A.	Problem der Mindestkapitalausstattung der UG	296
B.	Insolvenz.....	298

I.	Finanzierungs- und Insolvenzproblematik der UG.....	298
II.	Insolvenzeröffnung	301
III.	Die Überschuldung als Insolvenzantragsgrund.....	301
	1. Entwicklung des Überschuldungsbegriffs	302
	2. Bedeutung der Fortführungsprognose für die UG.....	304
IV.	Zwischenfazit	306
C.	Löschung wegen Vermögenslosigkeit.....	306
I.	Anwendbarkeit.....	306
II.	Begriff der Vermögenslosigkeit.....	307
	1. Allgemeines	307
	2. Änderung der Tatbestandsanforderungen.....	308
	a) Allgemeine Problematik der gering kapitalisierten UG	308
	b) Unmittelbare Löschungsandrohung für Vorrats- UGs	309
	c) Mindestkapitalanforderungen zur Vermeidung der Vermögenslosigkeit	310
	d) Besondere Prognose-Anknüpfung	311
III.	Gesetzgeberische Zielsetzungen der Löschung.....	312
	1. Gläubigerschutz	312
	2. Registerbereinigung	314
IV.	Rechtsfolgen	315
	1. Eine Ansicht: Ermessen	315
	2. Andere Ansicht: Kein Ermessen	316
	3. Sonderrecht für die UG	317
	4. Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.....	318
D.	Zusammenfassung.....	319
Teil 5: Schlussbetrachtung.....		321
Literaturverzeichnis		331